

doch nur zwei Erklärungen dafür, wenn es sich um widersprechende „offizielle“ Kundgebungen über den gleichen Gegenstand handelt, nämlich entweder, daß an amtlicher Stelle selbst ein Meinungswechsel stattgefunden hat, welcher auf diese Weise vor die Öffentlichkeit gezogen wurde, oder, daß man an derselben Stelle nicht recht weiß, was man eigentlich will und heute als Lösung bezeichnet, was man gestern für weit angelegener hielt. Beide Erklärungen stehen mit der tatsächlichen Lage der Dinge in Widerspruch. Es gibt in Deutschland nur eine Partei, die bei Kaiser und Reichstag dieselben Beschlüsse mit sich in voller Übereinstimmung mit sich behauptet. Überlassen hat. Es widerspricht allen Traditionen der deutschen Regierung, wie wir sie seit langem kennen, daß irgend ein hoher Beamter oder hochrangiger Beamter des Reiches den Reichstag machen sollte, die Politik des Kaisers, wie sie durch seinen obersten Reichsbeamten entschieden wird, zu durchbrechen. Der Gehalt an der Möglichkeit eines solchen Beschlusses wird von jedem Sachverständigen als vollständig ausgeschlossen betrachtet werden. Damit wird aber jene Erklärung unbillig, wozu an leitender Stelle Verantwortlichkeiten übertragen werden, welche durch sich widersprechende Kundgebungen vor die Öffentlichkeit gezogen werden. Und auch der zweite Gedankengang, wonach die deutsche Regierung ihre Kundgebungen über dieses oder jenes von heute auf morgen ändert, wird wohl von niemandem ernstlich angenommen werden. Wenn je die Politik eines großen Landes als eine „stetigwährende“ bezeichnet werden dürfte, kann dies sicherlich auf die deutsche Regierung angewandt werden.

„Offizielle“ kann demnach in dem Sinne derjenigen deutschen Politiker, welche sich dieses Wortes so häufig bedienen, weder mit dem Reichstag, noch von amtlicher Seite in Betracht kommen. Es scheint somit, daß man alle Kundgebungen der die Regierung im allgemeinen unterstehenden Beamten, die aus diesen oder jenen Ursachen an den Reichstag oder in die Öffentlichkeit gelangen, als „offiziell“ bezeichnet, einfach, um jene Kundgebungen dadurch in den Augen zahlreicher Leser herabzusetzen, die es mit ihren Gesinnungen nicht vereinbaren können, Freunde der Regierung zu sein.

Infolge der Bedeutung, welche die Kundgebungen aller öffentlichen Stellen der Reichsregierung, haben sich in allen Ländern in nachlässiger Weise gewisse Beziehungen zwischen den Kundgebungen der Regierung und regierungsfremden Journalisten gebildet, genau in derselben Art, wie sie ebenfalls und unangelegentlich zwischen regierungsfremden Beamten und Mitgliedern der parlamentarischen Opposition bestehen. Es ergibt sich aus diesen beiden sich entgegenstehenden Verhältnissen, daß die Kundgebungen auf der einen wie auf der anderen Seite so beschränkt werden, daß es — ganz allein betrachtet — den Eindruck gewinnt, als ob diese Kundgebungen lediglich nur von zwei großen Vereinen — dem regierungsfremden und dem regierungsfremden — geleitet würde. Bei dieser Lage der Dinge scheint die Kundgebung „offiziell“, wie sie in der oppositionellen Presse getrieben wird, keinen anderen Sinn zu haben, als der, daß die Kundgebung, die man dadurch charakterisieren will, in einem Punkte einsehen ist, welches eine regierungsfremde Kundgebung zur Schau trägt. Auf diese Weise könnte natürlich jeden Tag hunderte von Artikeln als „offiziell“ bezeichnet werden. Das Publikum wird sich, wenn mit dem Worte „offiziell“ längere Zeit ein solcher Mißbrauch getrieben werden sollte, allmählich daran gewöhnen, dieser Kundgebung keinen Wert mehr beizulegen. Die tatsächliche Kundgebungen, von amtlicher Seite eingehenden Kundgebungen werden darunter nicht leiden, sondern sich erkennbar heben, so wie auch bisher über den Charakter der Kundgebungen niemals für längere Zeit ein Zweifel bestanden hat.

Ein wichtiges Wort, wiewohl nicht mit dem Worte „offiziell“ ebenfalls Mißbrauch getrieben wurde, entspricht nämlich, jeden Kundgebungen nur auf seinen Wert hin zu prüfen und sich dadurch nicht betören zu lassen, daß man den Eindruck des Wirklichen über oder unter sich. Dessen hat jedoch insbesondere die amtliche Kundgebung der Reichsregierung zu bedenken: sie werden dann vor manchen Vereinen bezüglich der Bedeutung gewisser Artikel bemerkt werden. Dürfte man sich in der jüngsten Zeit an diesen Grund gehalten, so würde man den „offiziellen“ und „regierungsfremden“, welche die deutsche Presse täglich beschäftigt haben, gewiß keine tiefergehende Bedeutung beigemessen haben.

— Die „Nordd. Allg. Zig.“ schreibt:

Es ist berichtet worden, daß der Kaiser den Sonntagsgottesdienst an Bord seiner Yacht „Coblenz“ nützlich seiner diesjährigen Reichsreise selbst teilhaftig. Das hat folgenden Hintergrund. So wenig wie jeder Regimentsmann seinen Reichsbesuch ein festliches Festmahl werden. Da aber die Besuche in der Gegend des Reichstages und inmanier der Besuche, die sie hier umgibt, der Richtung der Herrscher und Beamten nach mehr beherrscht, als die Kruppen an Lande selbst inmitten der raschen Kriegsbewegungen. So ist bei unserer Marine — als auch bei der englischen — die Einrichtung getroffen, daß allmählich der Kommandant oder der Kapitän an Bord befindliche höchste Offizier durch die Kaiserin (Kapitän) der Schiffsbefehlshaber abgibt, auch wohl das Schiff in allen seinen Teilen befragt. Später wird auf dem Reichstag zum Gottesdienst an Bord, an welchem sich die gesamte, nicht gerade dienlich befragte Besatzung der Kaiserin, die Kaiserin, die Kaiserin an Bord der „Coblenz“ der höchsten Offizier ist, so macht er nur von seinem dienstlichen Rechte Gebrauch, wenn er statt des Kommandanten des Gottesdienstes selbst abgibt, der für alle Teilnehmer gewiß um so dankbarer ist, daß sich auch die Besatzung in den einzelnen Formen des alten christlichen Gottesdienstes bewegt. Alle Offiziere, welche sich auf der See und an Bord der „Coblenz“ haben, werden die Besuche dieser Gottesdienste gewiß im Herzen mitzuspüren.

— Über die körperliche Tüchtigkeit der jugendlichen männlichen Bevölkerung in deutschen Reiches veröffentlicht das Kaiserl. Gesundheitsamt eine Tabelle

nach den Ergebnissen des Aushebungsgeschäftes. Aus derselben ergibt sich, daß die Zahl der für dauernd untauglich erklärten Personen abgenommen hat; hingegen ist die Zahl der als tauglich befundenen Personen seit 1879 allmählich gewachsen.

— Die sich die freisinnigen Wähler bei der bevorstehenden Stichwahl im Wahlkreise Halberstadt verhalten werden, ist noch einigermaßen in Dunkel gehüllt. Die „Liberalen Korrespondenz“ erklärt, den Wählern sei von der Parteileitung freie Hand gelassen, ob sie sich der Wahl enthalten oder für den nationalliberalen Kandidaten stimmen wollen. Das „Berliner Tageblatt“ meint, die Freisinnigen hätten keine Veranlassung, sich für den Sieg des nationalliberalen Kandidaten zu erheben; die „Freisinnige Zeitung“ aber „rednet mit der Wahrscheinlichkeit, daß Dr. Dr. Weber gewählt wird“ und geht den Nationalliberalen um den Bart. Das Blatt des Herrn Eugen Richter stellt, wie die „Konst. Korz.“ mittelt, die Hilfe der „ausgeschlossenen“ Freisinnigen in Aussicht, wenn die nationalliberale Partei „etwas thut, um sich eine Unterstützung der freisinnigen Partei zu sichern“. Einmalen hätte sie nichts gethan, im Gegenteil hätte sie in taktloser Weise höhnische Bemerkungen über die Freisinnigen gemacht; schließlich aber legte sie um. Wörtlich heißt es dann in dem erwähnten Blatt: „Wenn ein freisinniges Verhältnis nur für den vorliegenden Fall zwischen den beiden Parteien geschaffen werden soll, so muß dasselbe natürlich ein gegenseitiges sein, und es würde uns erwünscht sein, wenn Hr. Dr. Weber Erklärungen abgibt, die es den Freisinnigen erleichtern, für ihn zu stimmen, und diese Erklärungen würden sich vorzugsweise auf seine Stellung zu der bevorstehenden Strafprozessnovelle, dem sogenannten Gesetz für das Sozialistengesetz, erstrecken.“ Sollte es den Freisinnigen doch noch gelingen, das kleine Häuflein, das sie im Halberstädter Wahlkreise mühsam zusammengebracht, zu fruchtbar zu machen?

— Im internationalen Sozialistenkongress zu Paris erstatteten die einzelnen Deputierten Bericht über den Fortschritt der sozialdemokratischen Bewegung in den einzelnen Ländern. Wenn diese Berichte auch nur zur Hälfte wahr wären, so müßten die Fortschritte der Sozialdemokratie, außer in Frankreich, wo die Possibilisten sich abnehmend verhielten und über den Fusionsvorschlag zur Tagesordnung übergingen, ganz beständig sein. Man wird nun, schreibt die „Konst. Korz.“, mit gutem Grund die Stimmungsbilder, welche den Rednern ausnahmslos stürmisch Bravo eintrugen, zum größten Teil als Proklamation hinstellen können; aber so ganz unbegründet scheint die triumphierende Faltung der Kongressführer denn doch nicht zu sein. Aber die sozialdemokratische Bewegung in Deutschland berichtet der Abg. Bebel; er meint, die Bewegung sei bei uns zu einer „sozialistischen“ Entfaltung gelangt, und dies, trotzdem die Presse und das Versammlungswesen bei uns „gefesselt“ seien. „Die intensiven sozialdemokratischen Ideen“, so sagte Hr. Bebel weiter, „bereits in das deutsche Volk gedrungen sind, das werden erst die nächsten Reichstagswahlen in Deutschland ergeben. Die Ergebnisse, welche die Sozialdemokratie bei den nächsten Reichstagswahlen in Deutschland erzielen werde, dürften selbst die eingemeißelten Sozialdemokraten überraschen. Die Kapitalistenklasse arbeite den Sozialdemokraten wunderbar in die Hände.“ Der Redner mahnte darauf, die internationale Organisation immer mehr zu befestigen und die Kampfsmittel zu vervollständigen, um die auf dem Kongress gefassten Beschlüsse in Taten umsetzen zu können. Was dies für „Taten“ sein sollen, darüber befragt und ein französischer Redner. Dieser erklärte, man dürfe nicht verweisen an dem endlichen Siege des Sozialismus. Die französischen Arbeiter würden ebenjot wie früher auch bei einer künftigen sozialen Revolution Sieger sein. Stürmischer Beifall, von dem die deutschen Sozialdemokraten sich nicht ausschließen, beehrte den Redner. Sehr entgegenkommend verhielt sich übrigens in den Arbeiterkongressen der Pariser Stadt; er hatte nämlich die Teilnehmer beider Kongresse zu einem Festmahl im Rathaus geladen, das am Freitag, abends 9 Uhr, stattfand.

— Wien, 22. Juli. Nichts unterbricht die tiefe Stille auf dem Gebiete der inneren Politik. Der Hof und die größere Welt der Minister sind abwesend und selbst der Kampf der Parteien schweigt augenblicklich. Die einzige politische Bewegung kommt aus Dalmatien, dessen neuwählter Landtag versammelt ist. In Böhmen hat man sich nunmehr von dem

übertragenden Aufgange der letzten Landtagswahlen erholt; die Altdeutschen fühlen sich wieder als die Herren der Lage, welche noch zwei Jahre vor sich haben, um die begangenen Fehler gutzuwaschen. Im Vertrauen auf diese Frist wird wieder an der Festigung des eisernen Ringes gearbeitet, aus welchem auszuspringen die Liberalen nach den Wählern der Jungdeutschen nicht übel Lust gezeigt hatten. Man hört und sieht vielfach, daß der Unterrichtsminister Dr. v. Gautsch zurücktreten werde. Das scheint durchaus unglauwürdig, denn wenn die Liberalen als einzige Partei dessen Sturz nicht erzwingen könnten, dürften sie jetzt, wo sie in sich gespalten sind, noch weniger Aussicht auf Erfolg haben. Die Angelegenheit des deutsch-schlesischen Ausgleiches ist ganz und gar ins Stocken geraten, namentlich seit den Wahlen. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß eine der beiden schlesischen Parteien noch vor Eröffnung des Landtages in dieser Sache einen Schritt unternehmen werde. Beide Parteien, sich bloßzustellen. — Die Ausnahmewegung ist sowohl in Schlesien wie in Steiermark im Abnehmen begriffen. Die feiernden Arbeiter sind mit ihren Forderungen wesentlich herabgegangen.

Paris, 22. Juli. (R. Z.) Boulangers Austritt aus seine „lieben Mitbürger“, der auch die Mitunterstützung der Herren Arthur Dillon (diesmal ohne den Titel „Graf“) und Modest trägt, verrät in jeder Zeile die Unberühmtheit des Legationenannten, da nur dieser es vermag, eine solche Menge von Schimpfwörtern in wenige Zeilen zusammenzufassen. Es lohnt der Mühe, die in dem neuesten boulangistischen „Staatsrat“ zusammengedrängten Blüten bösserer Eitelkeit wiederzugeben; jede einzelne ist sehr stark in ihrer Art, aber hauptsächlich thut es doch die Waffensprache: „Alberne Verleumdungen — der Bestlichkeit überwiesene Minister und ein entsetzter Staatsanwalt — jammervolle Komödie — Verführung zu falschem Zeugnis — elende Betrüger — Uebelthäter, die während der Gerechtigkeit verfallen werden — niederträchtige Missethäter — Spießhaken — Saubiten.“ Nach dieser Probe ist es klar, daß Boulanger mit den gegenwärtigen Machtverhältnissen sehr unzufrieden ist und ihnen am liebsten so gleich den Hals umdrehen möchte, aber sonst geht aus seiner Kundgebung eigentlich gar nichts hervor und sie hätte ohne Schaden durch einen der gewöhnlichen Schmähartikel vom „L'Intransigant“ ersetzt werden können. — Die französische Presse beschäftigt sich lebhaft mit dem Wahnsinn, die Gräfin in Rom gegen die irredentistische Vereinigung unternommen hat. Die nicht anders zu erwarten, steht sie durchaus auf Seiten der Irredentisten, einmal aus Feindschaft gegen Gräfin, dann aber, weil die italienischen Kabinete und Republikaner, die den Hauptbestandteil der lärmenden Irredenta bilden, hier viele Verbindungen besitzen und es verstanden haben, den Franzosen die Ansicht beizubringen, daß sie die wahre öffentliche Meinung Italiens vertreten, die nur durch eine despotische Regierung niedergehalten wird. Diese radikalsocialistischen Elemente, die stets das Stützwerk von den Schwefelkationen im Munde führen, verschlehen hier natürlich nicht, sich stets gegen den Dreieck auszusprechen, weshalb sie aller französischen Sympathien sicher sind. So sehr man im allgemeinen Italien haßt, so zuvorkommend ist man gegen diese nach Zahl und Bedeutung weit überschätzten Leute. Wenn ein mit der Politik in Beziehung stehender Franzose ausnahmsweise einmal nach Italien kommt, so sucht er diese „Freunde“ auf, während andererseits diese Italiener, die sich recht oft in Paris bilden lassen, ihr Licht niemals unter den Scheffel stellen und sich bei allen Anlässen und unpassenden Gelegenheiten vorbringen, um die Franzosen von der Wichtigkeit ihrer Personen zu überzeugen. Auch giebt es berufsmäßige Veranstalter italienisch-französischer Verbindungsversammlungen, von denen einige vielleicht ehrliche republikanische Journalisten sind, während die anderen das Geschäft als Bruterei betreiben. Auf diese Weise sind Beziehungen zwischen den italienischen und französischen Republikanern entstanden, die augenblicklich wohl noch ohne Gefahr sind, aber doch leicht zu werden vermögen. Nur weil diese italienischen Republikaner, viel weniger als Kriegsgefahr gegen Österreich als dem Feindstand gegen Gräfin, die Hauptrolle bei dem Irredentenschwänkel spielen, ist diese Bewegung den Franzosen so sympathisch, während es ihnen im Grunde völlig gleichgültig ist, wer in Triest herrscht, einer Stadt, die nach französischen Begriffen schon beinahe ganz außerhalb der Zivilisationszone liegt. Wahrscheinlich wird man hier den Lärm, den Gräfin Wagner in Italien

hervorrufen wird, zu neuen Tatzernochrichten benutzen und behaupten, daß Gräfin diese „Lüge“ nur unterdrückt habe, um ungehindert seinen Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich nachgehen zu können. — Der König von Griechenland ist in vergangener Nacht um 1/2 12 Uhr hier eingetroffen. Da ein amtlicher Empfang verweigert war, waren am Bahnhof nur der griechische Gesandte Delgoumis und das Personal der Gesandtschaft anwesend. Der König sitzt im Hotel Bristol ab. Der König und Präsident Carou haben sich heute gegenseitig Besuche abgetauscht. — Dem „Temp“ zufolge hätte der Minister des Innern, Constant, heute einige 40-jährige Beamten des Ministeriums des Innern, der Seivpräfectur und der Polizeipräfectur entlassen, weil sie durch boulangistische Umtriebe kompromittiert erschienen.

Brüssel, 21. Juli. General Brialmont hat dem Kriegsminister, General Bontas, einen sachmännlichen Bericht unterbreitet, wonach die gegenwärtige Befestigung Antwerpens nicht mehr den militärischen Anforderungen entspricht. Die Antwerpener Festungsbauten wurden im Jahre 1859 unter dem Einbrüche der damaligen Kriegsfurcht befestigt und in den folgenden Jahren ausgebaut. Die bisherigen Befestigungen auf dem Gebiete des Festungs- und Weisenweins haben die Widerstandsfähigkeit der Antwerpener Festung erheblich vermindert. General Brialmont erklärt, daß Antwerpen der Beschließung durch die heutigen gewaltigen Geschütze nicht Stand halten könnte und legt der Brüsseler Regierung vor, die Befestigung der Festung zu erneuern und auf dem linken Scheldeufer ganz neue Festungswerke anzulegen. Die Kosten für die Durchführung dieses Planes werden auf mindestens 30 Millionen Frs. geschätzt. Die belgische Regierung wird sich der Notwendigkeit nicht entziehen können, den Brialmontschen Plan durchzuführen, sowie sie sich zur Abwehrbefestigung hat verstehen müssen. Die letztere dürfte bis zu ihrer Vollendung wohl 100 Millionen in Anspruch nehmen. Rechnet man die Kosten der neuen Antwerpener Festungswerke und die teils schon gemachten, teils erst bevorstehenden Ausgaben für neue Kanonen und Geschütze dazu, so hätte das neutrale Belgien in einer Zeit, da alle Regierungen Europas ihre aufrichtige Friedensliebe betonen, nicht weniger als 200 Millionen Frs. für Kriegswende verausgabt. — König Leopold II. hat wiederholt den Wunsch geäußert, mit Kaiser Wilhelm II. zusammenzutreffen und man glaubt hier, daß der deutsche Kaiser anlässlich seiner englischen Reise entweder auf der Hin- oder auf der Rückfahrt — wahrscheinlich auf der letzteren — den belgischen Boden betreten wird. Etwas Bestimmtes läßt sich bei dem Umstande, daß Kaiser Wilhelm II. nicht bloß Besuche fremder Fürsten in Berlin erwartet, sondern selbst noch umfangreichen Reiseverpflichtungen nachzukommen hat, noch nicht feststellen. Obwohl, wie gesagt, bestimmte Abmachungen noch nicht getroffen sind, vertritt man sich hier auf die Ankunft des Kaisers vor, als ob sie unabweisbar gesichert wäre. Die Militärbehörden treffen Vorbereitungen zu einer Truppeninspektion, wie sie in Belgien noch niemals abgehalten wurde. Man spricht von 25 000 Mann, welche dem Kaiser von Deutschland vorgeführt werden sollen. Hoffentlich findet Kaiser Wilhelm in seinen zahlreichen Reiseplänen einige verfügbare Stunden, welche dem künftigen Besuche der belgischen Hauptstadt gewidmet werden können.

— 21. Juli. (U. C.) Die „Nouvelle Revue“ der Madame Adam, welche häufig die Hand im Spiel hat, wenn es gilt, einen Skandal anzuzetteln, hat wieder eine „Sensationsnachricht“ veröffentlicht, welche eine Zeitung die Wälder des Jura- und Kantons lecht beschäftigt hat, bis es sich herausstellte, daß es wieder einmal Fälschungen waren, welche Madame Adam als „Entstellungen“ vorlegte. Die Entstellungen betrafen die belgischen Arbeiterunruhen und hatten nichts anderes zum Zweck, als gegen Deutschland zu legen und Belgien als in den Interessen des mächtigen deutschen Kaiserreiches schwachdarzustellen. Vor allem sollten dazu einige Auktionsdiener, welche Noten des Gouverneurs des Hennegau, Herzog v. Artois, und einen geheimen Bericht des belgischen Gesandten in Berlin, Baron Gerlach, darstellten. Aus diesen Schriftstücken ging hervor, daß deutsche „Ladepel“ die belgischen Arbeiterunruhen provoziert haben sollten und sogar von der deutschen Regierung Gelder (u. a. 15 000 M. aus Straßburg) zum Zweck geliefert worden seien. Auch diesmal ging der Schlag der „Nouvelle Revue“ fehl;

stolze und tüchtige Mann in seiner ärmlichen Stille sich an eine phantastische Erwartung des Glückes geklammert hatte. (Fortsetzung folgt.)

„Gesammelte Essays und Charakterköpfe“. Von Dr. Moriz Brasch-Keipzig, Verlag von Theodor Fath. (Schluß.)

Unsere Vorstellungen von den Amerikanern, welche wie die treffliche Emma v. Dindlage betont, auch durch unsere Touristen und Publizisten meist aus politischer Tendenz gefälscht wurden, bedürfen noch sehr der Berichtigung. Wenn wir uns ein Bild von dem Wesen des Amerikaners machen wollen, so schließen sich unwillkürlich vielfach die Gestalten unter, wie wir sie aus den Darstellungen Stallsfelds und Dickens kennen. Und wer möchte behaupten, daß diese noch der wahre Ausdruck für das großartig entwickelte Leben der transatlantischen Republik seien. Freilich der herrschende Zug in der Natur des Amerikaners ist immer noch die rastlose Arbeit im Dienste eines leidenschaftlichen Erwerbstriebes. Hierzu kommt, wie es in einem demokratischen Gemeinwesen selbstverständlich ist, die ausschließliche Herrschaft der öffentlichen Meinung, der gegenüber das individuelle Denken und Empfinden in den Hintergrund tritt.

Aber es ist unmerkbar, daß seit einigen Decennien sich eine Art Gegenströmung geltend macht, die hauptsächlich von dem wissenschaftlichen Zentrum Amerikas, von Boston, ausgeht und die sich zunächst als lebensschaffendes Bedürfnis nach geistiger Vertiefung fundiert. Es ist eine Art von Geistesaristokratie, deren gemeinsames Wesen in dem Bestreben nach einer idealen, über das materielle Zerren hinausgehenden Er-

hebung sich zeigt. So manche anfällige und unerklärliche Erscheinungen in dem Kunst- und Literaturleben Amerikas finden hier ihre Erklärung.

Doch wird dieser amerikanische Idealismus niemals in Utopismus verfallen. Ein gesander Zug von Utilitarismus und Realismus wird ihm immer verbleiben. Und diese Mischung giebt das richtige Verhältnis beider Seiten. Die imponierenden Konjensationen dieser in die Besten der Nation treibenden Richtung treten schon zu Tage. Kein Land kann mitten in einer beispiellosen Korruption so großartige Beispiele von Bürgerthum, Wohlthätigkeitssinn, und Opferfähigkeit anzuweisen, als der transatlantische Staat. Und hieran knüpft sich auch die Hoffnung aller Ecken des Landes. Emerson war nicht blind für die moralischen Schäden seines Vaterlandes, und an vielen Stellen seiner Schriften spricht sich eine Bitterkeit und ein schmerzlicher Unmut darüber aus. Aber er sagte sie richtig nur als die Übertreibungen der groß und frei angelegten Natur seiner Landsleute auf. Sie in das rechte Fahrwasser wieder hineinzuleiten, hielt er für die erste und dringende Aufgabe der heimischen Staatskunst und jeden patriotischen Bürgers. Und in diesem Sinne war Ralph Waldo Emerson auch ein großer Patriot, dessen literarische Denkmale noch späteren Geschlechtern eine Quelle der Berechtigung und Erhebung sein werden. In einem seiner öffentlichen Vorträge wendet er sich an seine Landsleute mit den tröstlichen und verheißungsvollen Worten, mit denen wir auch diese Skizze über den amerikanischen Dichter-Philosophen schließen wollen: „Es zeichnet unsere gebildeten Klassen ehrenvoll aus, daß sie an den Verfall glauben, den das Herz dem Verfall leidet, und daß sie

aus seinen Eingebungen Größe und Stärke schöpfen. Und wenn ich sage die „gebildeten Klassen“, so lenne ich die noch nie dargelegte gegenwärtige Tragweite dieses Wortes, das heute nicht Hunderte, sondern Millionen umfaßt. Und Wehe — wenn ich um mich blicke und das gesunde Material betrachte, aus dem die gebildete Klasse hier besteht, wenn ich sehe, wie hoch persönlicher Wert, welche Menschenliebe, welche Zukunftsüberzeugungen mit reichem Wissen und praktischer Fähigkeit gepaart sind, wenn ich bedenke, daß uniere durch Genuß und Bildung ausgezeichneten Männer dieser Klasse von Wohlthätigern angehören — so vertraue ich auf diese hohe Ritterchaft der Jugend — und zweifle nicht, daß die Interessen der Wissenschaft, der Politik, der Humanität gesichert sind. Ich denke, diese Hände sind stark genug, die Republik aufrecht zu erhalten. Ich erkenne die Verheißung besserer Zeiten und größerer Männer.“

Reicht genug könnte man mehr über Emerson sagen als der Verfasser gethan, mehr auch über seine Landsleute und ihr Verhalten zum philosophischen Gedankenfeld. Doch diese junge Volk will langsam und in großen Intervallen beurteilt sein. Man kann da übereinstimmen mit dem alten Großvater — ich glaube in Montaignes Schriften — der ja den Latein und Fran Bosen sagte, die seinen Entel alle Tage kritisierten: „In dem jungen Lämmel freck ein gesunder Kern; rührt doch einmal eure Jungen aus und wartet, bis er vierzig Jahre alt ist.“ D. B.

Preisanschreiben. Der vollziehende Ausschuss des schlesischen Provinzialkomitees zur Errichtung eines Kaiser Wilhelm-Denkmal in Breslau erläßt

gegenwärtig das Preisanschreiben zur Erlangung von Modellentwürfen für das Denkmal. Nach demselben ist zur Aufstellung des in Bronze und Granit auszuführenden Denkmals, eines Reiterstandbildes, der möglichst an der Überführung der Schweidnitzerstraße über den Stadtgraben belegen, durch Festsetzung eines Teils des letzteren zu gewinnen Platz zunächst in Aussicht genommen. Es bleibt indessen den Künstlern überlassen, auch den westlich der Schweidnitzerstraße belegenden Platz zu wählen und ihren Entwurf dementsprechend zu gestalten. Eingeladen und ausdrücklich zugelassen zu der Preisbewerbung sind Angehörige des deutschen Reiches ohne Rücksicht auf ihren Wohnsitz im Inlande oder Auslande. Einzuwenden ist ein Modell des Reiterstandbildes selbst Sodel in einem Gehalt der wirklichen Größe. Ein kurzgefaßter Erläuterungsbericht ist beizulegen, auch ist durch Zeichnungen zu veranschaulichen, wie der nächstliegende Hintergrund und das Gegenüber des Denkmals jenseits der Schweidnitzerstraße zu gestalten sein wird. Der Entwurf soll einem Kostenaufwande von höchstens 400 000 M. für die vollständige Ausführung des Denkmals einschließlich der Fundamentierung entsprechen. Die Modelle sind spätestens bis 1. April 1890 an das schlesische Museum der bildenden Künste in Breslau einzuliefern. Sie dürfen nur mit einem Kennwort oder Motto bezeichnet sein. Name und Wohnort des Künstlers sind in einem mit demselben Bezeichnung versehenen, selbstgeschlossenen Briefumschlage beizulegen. Für die fünf best beurteilten Entwürfe werden Preise, je einer zu 6000 und zu 4000 M. und drei zu 2000 M. ausgesetzt. Die preisgekrönten Modelle gehen gegen Auszahlung der Preise in das